Der Todfeind der Regierung: Die Physik

geschrieben von Admin | 1. August 2017

Von Günter Keil

In der DDR gab es den Witz: „Wer sind die vier Todfeinde des Sozialismus?….. Frühling, Sommer, Herbst und Winter.“Seit der friedlichen Revolution in diesem Land, bei der sich die Bevölkerung von der Partei- und Stasidiktatur befreite, sind diese Todfeinde arbeitslos geworden – aber sie kommen gerade in der ehemaligen „BRD“ wieder. Den Vortritt hat der Winter, der mit der Dunkelflaute zusammenarbeitet. Es sind aber leider wieder neue Todfeinde hinzugekommen, die ebenso wie die alten schon immer da waren – nur eben früher nicht als Feinde, sondern als eherne Grundpfeiler eines jeden Industrielandes. Es ist die Physik mit ihren Gesetzen.

Seit unsere Regierung beschlossen hat, anstelle der bisher üblichen Energiepolitik eine Energiewende zu veranstalten, befindet sie sich im Kampf mit den neuen Todfeinden, die daran Schuld sind, das buchstäblich alles, was man sich dazu an angeblich neuen Energiequellen ausgedacht hat, von der mitleidlosen Physik nicht nur behindert, sondern geradezu sabotiert wird.
Eine Reihe von Beispielen soll das veranschaulichen.

Erneuerbare Energien. So heißen Gesetze, so steht es als Titel in Regierungsberichten, so haben es folgsam die Medien übernommen. Aber erneuerbare Energien gibt es nicht. Was es aber gibt, das ist der 1. Hauptsatz der Thermodynamik. auch als Gesetz von der Erhaltung der Energie bekannt. Energie kann danach immer nur umgewandelt werden, wobei eine höhere Energieform (elektrische, mechanische, potenzielle Energie) stets nur in eine niedrigere Energieform umgewandelt werden kann, was mit Verlusten – vor allem in Form von Niedertemperaturwärme – verbunden ist. In solchen Umwandlungsprozessen bleibt die Energiemenge gleich; nichts daran ist „erneuerbar“.
Es ist bezeichnend, dass dieser mit der Energieerzeugung und –Versorgung befasste Politikbereich von vornherein eine physikalisch falsche Bezeichnung trägt. Als wollten die Verantwortlichen den Bürgern mitteilen: „Bitte kommt uns nicht mit der Physik – die gilt bei uns nicht.“

Das Kirchhoffsche Gesetz. Es schreibt fest, dass sich in einem Stromnetz an jedem Knotenpunkt Erzeugung und Verbrauch zu jedem Zeitpunkt präzise die Waage halten müssen. Eine Konsequenz: Wenn es in einem Netz keinen Stromspeicher gibt – und das gilt insbesondere für Deutschland, das über sehr wenig Speicherkapazitäten verfügt, die allenfalls für wenige Stunden einen Ausgleich für Ungleichgewichte bereitstellen können – dann

wird jede plötzliche Schwankung der Stromerzeugung zum unkalkulierbaren Risiko.
Es bleiben dann nur die kurzzeitig als Puffer wirkenden rotierenden Massen der Turbinen und Generatoren der Kraftwerke. Schaffen die keine Stabilisierung der Frequenz auf 50 Hertz mehr, dann droht der Kollaps des gesamten Netzes.
Die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) greifen inzwischen ständig ein, um das Gleichgewicht trotz aller Störungen, Ausfälle, vom Wetter verursachte Leistungsspitzen der Windräder oder auch deren plötzliche Leistungseinbrüche zu halten. Bereits jetzt exportiert man geradezu verzweifelt, die unerwünschten und gefährlichen Stromüberschüsse ins Ausland – und muss dafür oft sogar noch zuzahlen, damit sie überhaupt abgenommen werden. Die Nachbarländer beginnen, sich mit Drosselungsanlagen an der Grenze dagegen zur Wehr zu setzen. Der Job der ÜNB wird in jedem Monat schwieriger, denn die Regierung sorgt mit ihrer EEG-Subventionspolitik für eine stetige Erhöhung der wetterabhängigen Erzeugung von Wind- und Solarstrom, ohne auch nur eine kleine Möglichkeit zur Schaffung von bezahlbaren Speichern zu haben. Damit erhöht sie systematisch die Anzahl der schweren Netzstörungen – und das wird sich eines Tages bitter rächen.

Die ultimative Strafe für die andauernde Verletzung des 1. Kirchhoffschen Gesetzes ist der große Blackout, der ohne weiteres ein bis zwei Wochen andauern kann, weil das Wiederhochfahren eines großen Stromnetzes eine extrem schwierige Angelegenheit ist.

Der Solarstrom. Der liebe Gott hat nun einmal unser Sonnensystem erfunden, in dem Planeten auf elliptischen Bahnen um das Zentralgestirn kreisen. Die Folge ist der Tag und leider auch die Nacht, in der Photovoltaik-Paneele keinen Strom liefern. Schlimmer noch: Die astronomischen Gesetze bescheren uns die Jahreszeiten – und da kommt General Winter ins Spiel: In dieser Jahreszeit steht die Sonne sehr tief, der Einstrahlwinkel ist ungünstig und die hellen Stunden des Tages sind deutlich weniger als im Sommer. Aufzeichnungen der Leistung aller Solarstromanlagen zeigen drastisch, wie gering der Beitrag dieser besonders teuren „erneuerbaren“ Stromquelle im Winter ist – ausgerechnet, wenn man gerade besonders viel Strom benötigt.
Wie konnten die Ministerialbeamten das vorhersehen ?

Kernkraftwerke. Bei der Nutzung der Kernkraft gibt es in Deutschland eine äußerst seltsame Entwicklung: Die gesamte Branche wird politisch zunächst geduldet und sogar mit Laufzeitgarantien versehen, dann aber nach einem Unfall in Japan wird die Kernkraftwirtschaft nur wenige Tage danach und ohne jegliche Prüfung der Ursachen von der Regierung zur Schließung verurteilt. Um die Unfallursachen geht es auch gar nicht, denn aus diesen würde man entnehmen müssen, dass sie auf Deutschland niemals zutreffen können. Man greift zur Manipulation, indem das positive Sicherheitsvotum der Reaktorsicherheitskommission ignoriert

wird und eine Experten-freie sog. Ethik-Kommission zur Ablieferung einer Abschaltempfehlung
eingesetzt wird.
Es folgt der Abschaltbeschluss für einen Teil der Kernkraftwerke und ein Stilllegungsbeschluss für alle übrigen Anlagen. Die rasende Eile, mit der alles durchgezogen wird, dient der Vermeidung jeglicher Debatten.
Die Erklärung der politischen Beobachter ist: Die Bundeskanzlerin wollte diesen Vorfall als Chance nutzen, um der Partei der Grünen deren Dauer-Argument „Atomkraft beenden“ aus der Hand zu schlagen. Der damit angerichtete wirtschaftliche Schaden interessierte offensichtlich weder sie noch sonst jemand.
Die Medien agierten als Verbündete Merkels. Im Gegensatz zu der Berichterstattung im Ausland ignorierten die deutschen Medien die schrecklichen Unfallzahlen durch den Tsunami und stellten es so dar, als ob vor allem das Reaktorunglück für die Toten verantwortlich war. Dabei gab es jedoch keine Toten.
Fukushima und das, was daraufhin in Deutschland (und nur in Deutschland) geschah, stellte eine dramatische Kehrtwendung in der Energiepolitik dar. Man opferte gezielt einen beträchtlichen Teil der Kraftwerkswirtschaft, der für die Grundversorgung – mit Grundlaststrom – benötigt wurde. Und vor allem hatte man für diesen Wegfall keinerlei Ersatz – außer eigene Kohlekraftwerke und Stromimporte aus dem Ausland, die pikanterweise nicht nur ebenfalls aus Kohlestrom bestehen, sondern auch aus Kernkraftstrom. Man nimmt das dankbar hin, weil man sonst gar nichts erhält.

Wer Geothermiekraftwerke bauen will, sollte sich eigentlich vorher überlegen, ob es nicht ungleich sinnvoller ist, die aus dem Untergrund kommende Niedertemperaturwärme zu Heizzwecken zu nutzen. Gerade im kühlen Norden ist der Bedarf an Heizwärme viel größer als der an Strom – und die Temperatur der Thermalquellen ist für diese Anwendung brauchbar. Aber wenn man aus völlig unverständlichen und anscheinend ideologischen Gründen immer nur Strom haben will, egal, ob sich die jeweilige „erneuerbare“ Energiequelle überhaupt dafür eignet und auch egal, was dann die Kilowattstunde kostet, dann hat man die deutsche Situation. Und man sieht sich der Thermodynamik gegenüber und im Falle der Stromerzeugung dem Carnotschen Kreis**p**rozess, der den theoretischen erreichbaren Grenzwert des Wirkungsgrades für eine ideale, regenerative Wärmekraftmaschine definiert. Er hängt allein von den beiden Betriebstemperaturen ab: Von der Eingangstemperatur des Thermalwassers, die wohl kaum über 130 °C übersteigt und der Ausgangstemperatur des Kühlwassers – bestenfalls also 15 -20 °C. Das gibt nach Carnot einen theoretischen Wert von 30 %. Der Wert für eine reale, nicht reversible Anlage dürfte bei 18 % liegen. (Ein Kohlekraftwerk mit einer Frischdampftemperatur von 540 °C und einer Kühlwassertemperatur von 15 °C hat einen Carnot-Wirkungsgrad von 65 %; tatsächlich aber 38 %.)
Der Rest ist etwas Mathematik: Bei 18 % an Wirkungsgrad erzeugt ein Geothermiekraftwerk bei hohen Kapitalkosten recht wenig Strom – der dann entsprechend teurer ist.

Das gleiche Elend wie bei dem Solarstrom: Hohe Kosten, wenig Strom – und der ist bei der Photovoltaik auch noch Wetter- und Tageslicht-abhängig. Man kennt die Rechnung, die zwar nicht die Sonne schickt, wohl aber die Chinesen. Bei der Geothermie bezahlt man die Kapitalkosten und den hohen Wartungsaufwand.

Das Carnotsche Gesetz verurteilt auch Aufwindkraftwerke zum Dasein als nutzlose Investitionsruinen, denn sie bestehen aus einem mehrere hundert Meter hohen Kamin, in dem am Boden durch die Sonne erhitzte Luft aufsteigt, was von einer im Kamin steckenden Windturbine zur Stromerzeugung genutzt wird. Weil die System-Eingangstemperatur der Warmluft am Boden noch geringer als die des Thermalwassers bei der Geothermie ist und die Verluste der Windturbine noch dazu kommen, ist die Stromausbeute mehr als kläglich. Dennoch steht so eine Anlage (wenn sie noch steht) in Spanien; vor Jahren mit deutschem Steuergeld bezahlt. Die Physik war auch schon früher der Feind deutscher Bundesregierungen.

Stromspeicher. Von Anfang an kritisierten Fachleute, dass der ganzen Energiewende ein entscheidendes Schlüsselelement im System fehlt: Ausreichende Speicher für die Überbrückung von langen Flauteperioden, in denen die gesamte installierte Windkraft buchstäblich nichts liefert, als ob sie überhaupt nicht existiert. Gas- und Kohlekraftwerke und auch die Kernkraftwerke müssen dann den gesamten Strombedarf des Landes liefern, weil es die großen Speicher nicht gibt. Das Peinliche daran: Es kann sie auch gar nicht geben, wie man auf dem bekannten Bierdeckel leicht ausrechnen kann. Um eine zweiwöchige Flaute ohne die konventionellen Kraftwerke und nur mit gespeichertem Strom zu überbrücken, braucht man mehrere tausend riesige Pumpspeicherwerke wie das im thüringischen Goldisthal. Und das ist vollkommen irreal. Nicht einmal ein Prozent davon wäre in Deutschland realisierbar: Es fehlen geeignete Standorte, die Kosten wären exorbitant . aber vor allem sind die Bürger nicht mehr bereit, Naturlandschaften wegen der Fehlplanungen der inkompetenten Erfinder der Energiewende zu opfern – siehe das aufgegebene Projekt an der Rur und die Bürgerinitiativen in Bayern.

Dieser für die ganze Energiewende tödliche Systemfehler kann man der Unkenntnis der politischen Planer über die Fakten der Stromversorgung zurechnen; insofern ist es in der Tat die völlige Unkenntnis einfachster physikalischer Tatsachen. Aber es besteht der Verdacht, dass es der ideologischen Planergruppe völlig gleichgültig war, ob es überhaupt funktioniert. Viel wichtiger scheint gewesen zu sein, einen Zerstörungskrieg gegen die konventionelle Kraftwerkswirtschaft zu beginnen, an dessen Ende „irgendwie“ etwas Alternatives stehen könnte. Aber Hauptsache, das bisherige System ist erst einmal kaputt. Dass die Regierung auf diesem Wege immer weiter geht, liegt offenbar an der Angst vor der Blamage, wenn man das Scheitern der Energiewende-Politik eingestehen müsste.

Nun gibt es ein Ersatzprojekt: Elektrochemische Speicher. Also Batterien. Bereits zu Beginn der Automobile gab es den elektrischen

Antrieb und seit über 120 Jahren forscht und entwickelt man an Batterien. Der inzwischen erreichte Stand dieser Technik ist bekannt. Die Automobilindustrie hat sich sehr bald von dieser Technik verabschiedet, weil das Antriebssystem Verbrennungsmotor und ein flüssiger Treibstoff in einem gerade einmal 100 l großen Tank alle Anforderungen an Reichweite, Kosten, Langlebigkeit, Sicherheit, Heizung des Fahrzeugs im Winter und auch Sauberkeit der Emissionen erfüllt. Für Letzteres ist die Technik gleichfalls sowohl für Diesel als auch Benziner entwickelt; sie auch einzusetzen, wird nach den unverständlichen Software-Tricksereien bei Dieselfahrzeugen keine Frage mehr sein.

Nach mehreren gescheiterten Versuchen, die PKW mit elektrischem Antrieb zu einem die Kunden überzeugenden Angebot zu machen, war es in den letzten Jahren dazu still geworden. Die Batterien waren Schuld. Auch nach 120 Jahren ihrer Entwicklung gelang es nicht, ihr Gewicht, ihr Speichervermögen, ihre Kosten, ihre Lebensdauer und teilweise auch ihre sichere Verwendung derart zu verbessern, dass die damit ausgerüsteten PKW besser als die konventionell angetriebenen Vorgänger sind. Das hätte einigen Leuten zu denken geben müssen. Oder man hätte die Fachleute der physikalischen Chemie fragen können, woran es denn liegt und ob überhaupt irgendein überraschender Durchbruch mit der Überwindung aller Nachteile in Aussicht – oder überhaupt noch möglich – ist.
Man erhält dann recht pessimistische Aussagen, die beschreiben, welche Materialkombinationen überhaupt noch in Frage kämen und welche der hinsichtlich ihrer herausgehobenen Werte bezüglich der Spannungsreihe interessanten Typen derart gefährlich sind, dass eine Anwendung nicht in Frage kommt.
Man stößt somit auf eine grundsätzliche Frage: Befindet man sich mit dem was man heute hat, bereits dicht an der Grenze, die von der Physik bestimmt wird ?

Bei der Photovoltaik sieht es schon länger so aus: Fortschritte erzielt man nur noch in der Optimierung der Fertigungsprozesse. Also teure Fortschritte im Prozentbereich, aber die von Politikern gerne beschworene Hoffnung auf den großen Durchbruch: Aussichtslos.

Auch das Argument, die sog. Elektromobilität diene dem Umweltschutz, greift nicht mehr, seit moderne, besonders sparsame Dieselantriebe mit ihren neuen Abgasreinigungs-Verfahren weniger Emissionen verursachen, als die Stromerzeugung, die noch lange auf Kohle- und Gaskraftwerken beruhen muss.
Was vom Umweltschutz durch Elektrofahrzeuge bleibt, ist nur die Verlagerung der Emissionen, nicht ihre Vermeidung. Davon hat die Umwelt nichts. Eine weitere teure Aktivität der Regierung, die den angeblich angestrebten Zielen in keiner Weise dient. Das gilt auch für die übrigen Themenfelder der gesamten Energiewende.

Windkraftanlagen. In grauer Vorzeit hatte man als Energiequellen nur Wasser- und Windmühlen sowie von Zugtieren angetriebene Göpelwerke. In

diesem Trio waren die Wassermühlen – von ihren jahreszeitlichen Schwankungen abgesehen –unschlagbar. Die Windmühlen hingegen litten damals wie heute unter einem für ihre Nutzung schwerwiegenden Nachteil, woran die unverändert geltende Physik Schuld ist: Ihr Leistungsvermögen hängt von der 3. Potenz der Windgeschwindigkeit ab.
Dieses von der Aerodynamik festgelegte extrem nichtlineare Verhalten führt zu einem gravierenden prinzipiellen Nachteil der Windstromerzeugung: Ihre extremen Leistungsschwankungen bei auch nur geringen Änderungen der Windstärke.
Ein Beispiel: Eine Anlage hat bei einer Windgeschwindigkeit von 14 m/sec (7 BFT) eine Leistung von 4000 kW. Bei der halben Windstärke (7 m/sec = 4 BFT) leistet sie um den Faktor 0,5 x 0,5 x 0,5= 0,125 – also nur noch 12.5% von 4000kW = 500 kW. Sinkt die Windgeschwindigkeit abermals auf die Hälfte (also 3,5 m/sec = 3 BFT, was immer noch eine leichte Brise darstellt), gibt es theoretisch nur noch 1,6% = 64 kW. Praktisch steht die Windmühle bei dieser Windstärke aber still.
Dieses Verhalten zeigen sämtliche Windräder, weshalb ihre Stromerzeugungskurve eine Abfolge wilder Schwankungen ist, die sehr oft auf Null einbrechen. Weil das Wettergeschehen ganz Europa großräumig betrifft, verhalten sich alle zigtausende europäischer Anlagen gleich. Sie können sich nicht gegenseitig ausgleichen; nur ihre Schwankungen gemeinsam verstärken. Es gibt in einem Industrieland keine Stromverbraucher, die mit einer solchen chaotischen „Versorgung“ klar kommen. Und Speicher, die diese Schwankungen ausgleichen, gibt es nicht und kann es auch nicht geben. (s.o.). Wegen dieser Totalausfälle, die bei kräftigen Hochdruckgebieten auch 2 oder mehr Wochen andauern können, bewertet die Elektrizitätswirtschaft den Beitrag der gesamten Windkraft für die Versorgungssicherheit mit „Null“.

Dass diese Netzstörung – denn nur darum handelt es sich – nun mit neuen, teuren Höchstspannungstrassen von Nord- nach Süddeutschland geleitet werden soll, ist ein schlechter Witz. Denn keine Fabrik, kein Krankenhaus, kein Privatkunde kann das im Süden gebrauchen. Kein einziges konventionelles Kraftwerk kann deshalb abgeschaltet werden – notfalls müssen ausländische Kohle- und Kernkraftwerke einspringen. Eine Abnahme der Emissionen findet daher auch durch einen noch so riesigen Ausbau der Windkraft nicht statt. Stattdessen gibt es enormen Flächenverbrauch, Zerstörung von Wäldern, Tötung von Greifvögeln und Fledermäusen sowie gesundheitliche Schädigung der Menschen durch Lärm und Infraschall.
Die Windanlagen-Subventionierung stellt den größten und verhängnisvollsten Schaden dar, den die Regierung dem Land zufügt.
Biogas aus „Energiepflanzen“. Die Verwendung von Biomasse als Energielieferant ist so alt wie die Menschheit. Sowohl als Nahrung wie auch als Brennmaterial. Auf die Idee, Pflanzen als Energiequelle für PKW-Antriebe zu nutzen, kam man vor etlichen Jahren in Brasilien, wo in riesigem Maßstab Zuckerrohr zur Verarbeitung zu einem Benzinersatz angebaut wurde. Trotz der ungleich besseren Voraussetzungen, die dieses Land im Gegensatz zu Deutschland für ein solches Verfahren bietet, blieb Bioalkohol als Pflicht-Zusatz für Benzin immer ein Subventionsgrab. Ob

dessen Energiebilanz jemals positiv sein kann, ist eine offene Frage. Riesige Flächen sind zu bewirtschaften, zu düngen, zu bewässern und schließlich abzuernten – und die folgenden Verarbeitungsprozesse produzieren weitere Energieverluste.
Logisch, dass nach diesem Großexperiment und dessen fragwürdigen Resultaten keine anderen Länder diesem Beispiel folgten.
Bis die deutsche Regierung beschloss, auch dieses selbst in Brasilien nur durch staatlichen Zwang weiter existierende Verfahren in einem kleinen, kühlen Land wie Deutschland mit Milliarden-Subventionen zu etablieren. Das Ergebnis: Gewaltige ehemalige Agrarflächen werden für den Anbau von Silomais und Raps genutzt – hinzu kommt noch der Einsatz von Weizen, mit dem in den Biogasanlagen ein höherer Ertrag an Gas erreicht wird. Typisch auch für diese „erneuerbare“ Energiegewinnung ist die damit verbundene Umweltzerstörung:
– Das Düngen der großen Flächen führt zu sehr großen Austrägen an Düngemitteln in das Grundwasser. Dessen Nitratbelastung ist ein ernstes und schon länger kritisiertes Problem. Kürzlich übte auch die EU daran Kritik.
– Für den Artenschutz sind diese Monokulturen eine Katastrophe. Von den Insekten bis zu den Vögeln bedeutet der Anbau der Energiepflanzen den Wegfall ihres Lebensraumes.

Der einzige Vorteil dieses Verfahrens ist dessen zeitliche Anpassungsfähigkeit der Stromerzeugung an den Bedarf – eine Eigenschaft, die für jede Stromerzeugung unverzichtbar ist, die aber den größten, wetterabhängigen Subventions-Abgründen Windkraft und Photovoltaik fehlt. Dafür gehört die Biogasproduktion zu den teuersten Methoden der Stromerzeugung. Und natürlich muss auch dieses Verfahren am Ende Strom liefern; koste das auch was es wolle. Die rätselhafte Zielsetzung der Energiewende-Erfinder allein auf die Stromerzeugung – trotz des viel größeren Bedarfs an Heizenergie – ist der Grund. Nachdem der Schaden in größtem Maßstab in Deutschland angerichtet wurde, gibt es jetzt eine Beschränkung des weiteren Ausbaus.

Zusätzlich zu dem Anbau der Energiepflanzen gibt es nach wie vor den massiven Import von Palmöl, das sich dann im abermals gesetzlich vorgeschriebenen „Bio-Benzin“ an der Tankstelle wiederfindet. Schon lange wird das Ende dieser Importe gefordert, weil für den Anbau von Ölpalmen z.B. in Indonesien Wälder gerodet werden.
Angeblicher Umweltschutz mit der Folge realer Umweltzerstörung: Das ist das durchgängige Ziel der Energiewende.

Die Unbrauchbarkeit der Energiepflanzen-Nutzung zur Erzeugung von Energieträgern ist wiederum eine Folge der Naturgesetze. Die Pflanzenarten, die es in der Evolution bis in die Gegenwart geschafft haben, sind in sämtlichen Aspekten von der Natur optimiert worden. Ihre genetischen Prozessbefehle bestimmen, wie viel der eingestrahlten Sonnenenergie – ihre einzige Energiequelle – in das weitere Wachstum der Pflanze investiert wird. Für die Vermehrung der Pflanzen steht weitaus weniger energiehaltiges Material zur Verfügung, weil das offenbar

vollkommen ausreicht. Früchte und Samen werden dafür gebildet und sorgen – oft in Symbiose mit Tieren – für die Fortpflanzung. Das Ergebnis ist ein erstaunlich geringer „Wirkungsgrad“ der von der Sonne eingesammelten Energie in Bezug zum Energiegehalt der Früchte und Samen – bzw. zum Zuckergehalt in der Biomasse des Zuckerrohrs. Dieser Wirkungsgrad liegt in der Nähe von einem Prozent, woraus sich ein riesenhafter Flächenbedarf für die Energiepflanzen ergibt.

Es scheint, dass sich die Evolution nicht darum gekümmert hat, ob es ab dem Jahre 2000 n.Chr. eine Bundeskanzlerin Angela Merkel geben könnte, die ausgerechnet auf ihrem kleinen und kühlen Territorium mit Mais, Raps und Weizen Strom erzeugen möchte.

Offene Fragen

Diese Zusammenstellung eines ganzen Bündels von energiepolitischen Maßnahmen, die sämtlich sowohl den bekannten Stand der Wissenschaft und Technik ignorieren und auch keinerlei Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit nehmen, führt zu mehreren Grundsatzfragen.

– Wer sind die Leute, die diese Pläne ausgedacht haben – und was führten sie tatsächlich im Schilde? Dass mit diesem Maßnahmenbündel die Umwelt oder gar das Klima geschützt werden könnte, kann sich angesichts der offen zutage liegenden gravierenden Fehler und Defizite niemand ernsthaft vorgestellt haben.
Was also wurde tatsächlich beabsichtigt?

– Alle angeblich „erneuerbaren“ Energietechniken der Energiewende sind aus der Vergangenheit bekannt. Sie wurden von überlegenen neuen Techniken verdrängt, die weitaus weniger Nachteile hatten, die ihre Nutzung erschwerten.
Es war eine Erlösung, als die Dampfmaschine die Windkraft ablöste und sie zu einer Museumsattraktion machte. Die Nutzung der Solarwärme war vor allem in südlichen Ländern lange etabliert – aber die solare Stromerzeugung blieb eine kostspielige Nischentechnik für wenige Anwendungen. Der Anbau von Biomasse als Energieträger (Gas und Treibstoff) ist selbst für große, klimatisch begünstigte Flächenländer wie Brasilien unrentabel und auch alles andere als umweltfreundlich. Für kleinere, in kälteren Zonen liegende Länder wie Deutschland der reine Unfug.
Mit der massiven Zwangsförderung von längst zu Recht aufgegebenen Alt-Techniken will die Regierung einem Industrieland ein auch nur in einem einzigen Punkt besseres Energieversorgungssystem bescheren?

– Was hat die Regierung also veranlasst, derartige Pläne in Gesetzen festzuschreiben – das EEG ist nur eins davon – und weshalb erfolgte davor keine gründliche fachliche Diskussion, zu der die Regierung alle Möglichkeiten hatte? Der schlichte Glaube an den unschwer erkennbaren konzentrierten Unsinn konnte es nicht gewesen sein.
Was also war das Motiv der Regierung?

– Der Regierung arbeiten große Ministerien zu, die ihrerseits über hochrangig besetzte Sachverständigenkreise und externe professionelle Beratungsunternehmen verfügen. Wenn es von dort Warnungen gab: Weshalb wurden sie nicht beachtet? Und wenn es keine gab, was nur schwer vorstellbar ist, stellt sich die Frage: Was ist in diesen Ministerien los? Gibt es dort nur noch fachfremde, keine Erfahrung in der Wirtschaft aufweisende Parteibuchbesitzer?
– Was ist mit dem Parlament los? Weshalb wurden die neuen Gesetze und Verordnungen nicht eingehend in den dafür zuständigen Ausschüssen diskutiert und geprüft?

– Wo blieb anschließend die parlamentarische Debatte? Und weshalb schwieg die Opposition?

Die pauschale Antwort auf alle diese Fragen könnte in der Abwandlung eines bekannten Satzes liegen: „Etwas ist faul im Staate Deutschland“.